

Kämpfer gegen Militarismus und Krieg

Zum 120. Geburtstag August Bebel am 22. Februar



Angesichts der Tatsache, daß auch heute wieder der deutsche Militarismus Glück und Frieden der Menschheit bedroht und die Hauptgefahr für die Erhaltung des Friedens darstellt, ist es nicht nur von rein historischem Interesse, sich an den Kampf August Bebel gegen den deutschen Militarismus zu erinnern, sondern von unmittelbarer Aktualität, weil diese Aufgabe heute stärker denn je vor der deutschen Arbeiterklasse und allen friedliebenden Menschen steht.

Führer der revolutionären Arbeiterbewegung

August Bebel stand seit Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts bis zu seinem Tode an der Spitze der deutschen Sozialdemokratie. In seinem Gedenkartikel zu Bebel's Tod schrieb Lenin: „August Bebel, selbst ein Arbeiter, erarbeitete sich in beharrlichem Kampf die sozialistische Weltanschauung, er stellte alle seine reichen Kräfte voll und ganz in den Dienst der Ziele des Sozialismus; jahrzehntelang schritt er Schulter an Schulter mit dem wachsenden und sich entwickelnden deutschen Proletariat und wurde zum fähigsten Parlamentarier Europas, zum talentiertesten Organisator und Taktiker, zum einflussreichsten Führer der internationalen, dem Reformismus und dem Opportunismus feindlich gegenüberstehenden Sozialdemokratie.“

Leben und Werk August Bebel's wurden bestimmt

1. durch seinen Kampf um eine selbständige proletarische Partei, die sich auf den Boden des Marxismus stellt;
2. durch den Kampf gegen den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat und
3. damit organisch verbunden durch seinen mutigen Kampf gegen Krieg und Militarismus.

August Bebel konnte sich dabei auf die Ratschläge und Hilfe von Marx und Engels stützen, die von ihm und Wilhelm Liebknecht geleitete Partei als „ihre“ Partei betrachteten und enge Verbindung zu den Führern der deutschen Arbeiterbewegung hielten. Diese gute Zusammenarbeit würdigte Engels noch wenige Wochen vor seinem Tode, als er in einem Brief an Sorge schrieb: „Bebel ist weitaus der klarste und weitsichtigste Kopf unter ihnen allen; ich korrespondiere seit zirka 15 Jahren regelmäßig mit ihm und wir stimmen fast immer überein.“

An der Seite der Pariser Arbeiter

Die von Bebel geleitete deutsche Sozialdemokratie führte einen entscheidenden Kampf gegen das preußisch-militaristische System. Bereits vor der Reichsgründung trat Bebel im Reichstag des Norddeutschen Bundes am 30. März 1870 für eine Revision der reaktionären preußischen Militärstrafgesetze und Militärgerichtsbarkeit ein. In der zweiten Phase des Deutsch-Französischen Krieges 1870 bis 1871, als dieser Krieg nach der Niederlage Napoleons III. in einen reaktionären Eroberungskrieg überwuchs, stimmten Bebel und Liebknecht als Führer der Sozialdemokratie im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite.

Sie forderten den sofortigen Frieden mit der französischen Republik und verurteilten die Annexion von Elsaß-Lothringen. Bebel stellte dem Nationalismus das Prinzip des proletarischen Internationalismus entgegen, als er den Reichstagsabgeordneten zurief: „... Seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, steht auf Paris. Wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns

noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Mißgange!“ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.“

Diese mutige Stellungnahme zog Bebel Wut und Haß der Junker und Bourgeois zu. Dessenungeachtet setzte Bebel unerschrocken seinen Kampf fort.

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Bebel brandmarkte in seiner Rede vom 30. Oktober 1891 im Reichstag die Kriegspolitik der herrschenden Klassen und brachte demgegenüber den Friedenswillen des Volkes zum Ausdruck: „Nicht die Völker sind es, die kriegslüster sind, nicht die Völker sind es, welche die Neigung haben, übereinander herzufallen, die Regierungen und die herrschenden Klassen sind es, die dieses System der ewigen Beunruhigung hervorgerufen haben und bis heute stützen, weil es ein sehr nötiger Schatz für ihre ganze innere und auswärtige Politik ist.“ Die herrschenden Klassen sind es, „die es durch die beständigen Kriegs- und Nationalitätenhetzerien dahin zu bringen suchen, daß die Aufmerksamkeit der Völker von den inneren Angelegenheiten abgezogen wird, damit sie übersehen und nicht erkennen, wie im Innern unterdrückt, benachteiligt und ausgebeutet wird.“

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ – das war das Leitmotiv, nach dem Bebel und die revolutionäre Sozialdemokratie handelten. Deutlich kam das 1900 in der Ablehnung der Flottenvorlage durch Bebel im Reichstag zum Ausdruck. Er erklärte: „Wir lehnen sie ab, weil diese Vorlagen zur Stärkung eines Systems dienen, das wir bekämpfen, weil sie von einer Regierung gefordert werden, zu der wir kein Vertrauen haben, weil die Mittel für Dinge verwendet werden, die wir für bessere, nötiger und würdiger Zwecke glauben verwenden zu können, und endlich, weil die Mittel in einer Weise erhoben werden, gegen die wir von unserem Standpunkte aus immer den entschiedensten Protest einlegen werden. Das sind, in Kürze gesagt, die prinzipiellen Gründe, die meine Partei bisher bestimmt haben, solchen Vorlagen gegenüber zu treten, die auch in Zukunft uns bestimmen werden, die gleiche Stellung einzunehmen.“

Gegen Burgfrieden

Selbst Bebel an der Spitze der Partei stand, hat die deutsche Sozialdemokratie in ihrer praktischen Politik konsequent das Gesamtbudget als auch Einzelvorlagen abgelehnt. Als die sozialdemokratische Fraktion in Baden 1910 entgegen den Parteibeschlüssen dem Budget zustimmte, kam es auf dem Parteitag der SPD 1910 in Magdeburg zu heftigen Auseinandersetzungen. Bebel verurteilte die Haltung der badischen Fraktion und erklärte eindeutig, daß das Faktieren mit der Rechten nur dazu führt, daß die Linke verliert und die Rechte gewinnt. Besonders wichtig für die richtige Bewertung Bebel's als eines aufrechten und konsequenten Kämpfers gegen Militarismus und Krieg ist die von ihm 1910 in Magdeburg getroffene Feststellung: „Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 ein europäisches Kriegsgewitter losbricht, dann sollt ihr sehen, was wir erleben und wo wir zu stehen haben. Sicherlich ganz woanders, als man jetzt in Baden steht.“

Daraus kann man schließen, daß hätte Bebel den Kriegsausbruch 1914 erlebt, er sich eindeutig gegen eine Bewilligung von Kriegskrediten durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewandt hätte. Anders hätte er sein ganzes Lebenswerk verteidigen müssen. Diese Konsequenz Bebel's wird von den rechtssozialistischen Historikern bis heute verfälscht oder verschwiegen, um den Verrat der rechten sozialdemokratischen Führer von 1914 zu bemängeln. Mit vollem Recht stellte deshalb Wilhelm Pieck fest, daß „Bebel den offenkundigen imperialistischen Kriegsplan der deutschen Regierung im Jahr 1914 in schärfster Weise entgegengetreten wäre und unter keinen Umständen die internationalen Grundsätze und die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse verraten hätte, wie es durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Führer mit der Bewilligung der Kriegskredite und der Burgfriedenspolitik geschah.“

Bebel's Vermächtnis von uns erfüllt

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands führt den Kampf von Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Ernst Thälmann gegen den deutschen Militarismus mit allen Konsequenzen fort. Unter ihrer Führung wurden auf dem Gebiet unserer Republik die

Wurzeln des Militarismus, die Herrschaft der Monopolisten und Junker beseitigt. Der deutsche Militarismus wurde bei uns ausgerottet. In Westdeutschland dagegen lebt er, forciert die atomare Aufrüstung und treibt seine giftigen Blüten: Aggressivität, Chauvinismus, Antisemitismus. Unter Führung der Partei der Arbeiterklasse kämpft die Bevölkerung unserer Republik gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands, für die Bändigung des deutschen Militarismus. Vor dem ganzen deutschen Volke und besonders vor der Arbeiterklasse in Westdeutschland steht die historische Aufgabe, nicht zuzulassen, daß der westdeutsche Imperialismus zum dritten Male die Menschheit in einen entsetzlichen Weltkrieg stürzt.

Die Gewähr für die Lösung dieser Aufgabe liegt in der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, in dem gemeinsamen Handeln der beiden Arbeiterparteien, der KPD und der SPD, so wie es in dem Beschlüßentwurf zur Parteikonferenz der KPD gefordert wird. Davon hängt wesentlich Kraft, Stärke und Erfolg des Kampfes für die Bändigung des deutschen Militarismus ab.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands trägt als einflussreiche Massenpartei eine große Verantwortung für diese Schicksalsfrage der deutschen Nation. Sind aber die rechten sozialdemokratischen Führer gewillt, diese Verantwortung zu erkennen und auf sich zu nehmen, wie es unabweifend im Sinne der Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse wäre?

Rechte SPD-Führer warfen Bebel's Grundsätze über Bord

Mit der Annahme des Godesberger Programms hat die SPD ihr Bekenntnis zum Bonner klerikal-militaristischen Staat abgelegt. Im Grundsatzprogramm heißt es: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung“, d. h. die Verteidigung des Bonner Unrechtsstaates.

Damit ist die SPD-Führung den Kräften, die den Kampf gegen den Militarismus führen, in den Rücken gefallen. Die rechte SPD-Führung bejaht die Landesverteidigung. In der „bundesdeutschen Wirklichkeit“ bedeutet das aber Unterstützung der ato-



„Hoffentlich merkt's keiner!“

maren Aufrüstung gegen den Willen der breiten Massen ihrer Mitglieder, die sich in der Vorbereitung des Parteitages klar gegen die Unterstützung der Militaristen ausgesprochen haben.

Deutlich zeigt sich hier, daß die SPD-Führer, folgerichtig an den Verrat der Rechtssozialisten von 1914 anknüpfend, die Grundsätze August Bebel's, der alten Sozialdemokratie, längst über Bord geworfen haben. Eines ist aber auch bei der Vorbereitung des Godesberger Parteitag's klar geworden, daß große Teile der SPD-Mitgliedschaft erkannt haben, daß gerade heute die einzig richtige Lösung für eine Arbeiterpartei in Westdeutschland im Kampf gegen die klerikal-militaristische Diktatur die Bebel'sche ist: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Jutta Seidel

1) Lenin: „Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung“, Diets Verlag Berlin 1957, S. 87.

2) Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge u. a., Stuttgart 1868, S. 418 f.

3) „Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, I. Legislaturperiode 1871“, Zweiter Band, S. 523/24.

4) „Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Reichstages, VII. Legislaturperiode 1897/99“, Erster Band, S. 401.

5) „Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Reichstages, X. Legislaturperiode 1906/1909“, Fünfter Band, S. 401.

6) „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Magdeburg vom 14. bis 24. Sept. 1910“, Berlin 1916, S. 23.

7) Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze; Bd. 1, Berlin 1950, S. 49.



„Im Smolny“ Gemälde von W. A. Serov

42. Jahrestag der Sowjetarmee

Des Friedens Gewähr

Von Hauptmann G. Robota

Den Jahrestag der Sowjetarmee begehen 1,2 Millionen Angehörige der Sowjetarmee in der Gewißheit, daß sie in den nächsten Wochen die Uniform mit ihren Zivilanzügen vertauschen werden. Dieser einseitige Schritt der Sowjetunion – die Reduzierung ihrer Streitkräfte um ein Drittel – ist ein neuer bedeutender Beitrag zur Entspannung und zur Vorbereitung auf die Gipfelkonferenz.

Er zeigt zugleich einen Wesenszug, der für die Sowjetarmee in den 42 Jahren ihres Bestehens oberster Grundsatz war und ist:

Die Sowjetarmee ist eine Armee des Friedens und dient seiner Erhaltung.

Seit dem Bestehen dieser mächtigen Friedensmacht schreiben die Imperialisten und ihr Anhang von „Bedrohung“ durch die Sowjetarmee, von der „roten Gefahr“, diese Heuchler.

Tatsache ist doch, daß es seit der Geburtsstunde der Sowjetmacht die Imperialisten waren, die die SU bedrohten und überfielen, und nicht umgekehrt. Das zeigt sich an der Tatsache, daß die Sowjetarmee in den Zeiten, in denen keine unmittelbare Kriegsgefahr bestand, ihre Truppen reduzierte. Die zahlenmäßige Stärke der Sowjetarmee richtete sich immer nach dem Grad der Bedrohung durch die Imperialisten. Nach der Zerschlagung der ausländischen Intervention und die Beendigung des Bürgerkrieges wurde die Sowjetarmee bis auf 586 000 Mann reduziert.

Bei Ausbruch des 2. Weltkrieges, als die Gefahr eines Überfalls auf die Sowjetunion immer akuter wurde, war sie gezwungen, ihre Truppenstärke zu erhöhen, so daß sie im Jahre 1941 die Stärke von 4 207 000 Mann erreichte. Am Ende des zweiten Weltkrieges 1945 betrug die Truppenstärke 11 385 000 Mann.

Als wahrhafte Volksarmee war es niemals das Ziel der Sowjetarmee, andere Länder zu erobern und fremde Völker zu unterjochen. Deshalb hat die Sowjetarmee auch nach dem heimtückischen Überfall durch die Faschisten stets zu unterscheiden gewußt zwischen den deutschen Faschisten, den deutschen Militaristen und dem deutschen Volk.

Wenn man sich zurückerinnert, welche Zerstörungen, Verwüstungen und Schandtaten die Faschisten in der SU angerichtet haben, und wie uns im Gegensatz dazu die Soldaten mit dem roten Stern an der Mütze vom ersten Tag an halfen, unser Leben wieder in Gang zu bringen und das Chaos zu überwinden, so kann man verstehen, welche große Menschlichkeit, welche große politische-ideologische Klarheit in dieser ersten Arbeiter-und-Bauern-Armee herrscht.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Rolle der Sowjetarmee als friedenserhaltender Faktor besonders offensichtlich. Sie hat einen bedeutenden Anteil daran, daß in den Jahren von

1945 bis heute ein Weltkrieg verhindert wurde. Dieser Zeitgewinn für die Erhaltung des Friedens war von historischer Bedeutung.

Auf dem XX. und XXI. Parteitag konnte verkündet werden, daß es keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit von Kriegen mehr gibt, daß die Kräfte des Friedens in der Lage sind, einen neuen Weltkrieg ein für allemal zu verhindern.

Hinter dieser These steht die modernste Armee, die einer Aggression gegen die SU nicht die geringste Chance eines Erfolgs läßt. Es ist nicht zuletzt die Kraft der sowjetischen Streitkräfte, die die Imperialisten zu einer nüchternen Einschätzung der politischen Lage und an den Verhandlungstisch zwang.

Die Überlegenheit der Sowjetarmee über die imperialistischen Armeen zeigt sich sowohl in ihrer moralischen Überlegenheit, ihrem Ausbildungsstand als auch in der richtigen Ausnutzung der modernsten Kampftechnik.

Während die USA in ihrer Strategie Air Craft (Strategische Luftwaffe) die Hauptkraft ihrer Armee sehen, hat sich die Sowjetunion seit langem auf die Raketenwaffen orientiert.

Die USA orientierten sich bei der Raketenentwicklung in der Vergangenheit vorwiegend auf Fernlenk- und relativ geringer Geschwindigkeit. Die Sowjetunion dagegen entwickelte vorwiegend ballistische Raketen auch für lange Strecken.

Während noch vor wenigen Jahren die USA lauthals von ihrer angeblichen „Überlegenheit“ schrien, sprechen sie heute sehr schamhaft von einer „Raketenlücke“, die man verfolgt man die Ankündigungen der Westpresse, in 2, 4, 6, 7, 10 Jahren überwinden will.

Allein die widersprechende Terminstellung läßt den Schluß zu, daß sie diese „Raketenlücke“ – sprich Überlegenheit der Sowjetarmee – nie schließen werden.

Die Sowjetunion nutzt die Kraft ihrer Friedensarmee nicht dazu aus, andere Völker zu erpressen. Die Sowjetarmee als wirksamer Schutz des sozialistischen Lagers zwingt die Imperialisten dazu, in ihre Kriegspläne gegen das sozialistische Lager ihren eigenen Untergang einzukalkulieren. Das ließ einige von ihnen zu nüchternen Überlegungen zu gelangen.

Nicht so die westdeutschen Militaristen. In ihrem chronischen Unvermögen, das Kräfteverhältnis real einzuschätzen, der maßlosen Überschätzung ihrer eigenen Kräfte und ihren unsinnigen Spekulationen wollen sie in einem Blitzkrieg die DDR überrollen und die SU vor vollendete Tatsachen stellen. So unsinnig diese Spekulation auch ist, so gefährlich ist sie. Deshalb müssen wir alle Maßnahmen ergreifen, um gemeinsam mit der Sowjetarmee den westlichsten Vorposten des sozialistischen Lagers vor diesen Wahnsinnsplänen zu schützen.



Fünf Typen von Raketenwaffen zeigte die Sowjetunion bereits im Oktober 1957 zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution. Erst recht ist sie heute in der Lage, einen eventuellen Aggressor, auf seinem eigenen Territorium zu vernichten.

Foto: Zentralbild-TASS